

Die Weimarer Republik

Kompaktwissen Geschichte

Herausgegeben von Gerhard Henke-Bockschatz

Die Weimarer Republik

Von Hartmann Wunderer

Reclam

RECLAMS UNIVERSAL-BIBLIOTHEK Nr. 17070

2012 Philipp Reclam jun. GmbH & Co. KG,

Siemensstraße 32, 71254 Ditzingen

Gestaltung: Cornelia Feyll, Friedrich Forssman

Druck und Bindung: Canon Deutschland Business Services GmbH,

Siemensstraße 32, 71254 Ditzingen

Printed in Germany 2018

RECLAM, UNIVERSAL-BIBLIOTHEK und

RECLAMS UNIVERSAL-BIBLIOTHEK sind eingetragene Marken

der Philipp Reclam jun. GmbH & Co. KG, Stuttgart

ISBN 978-3-15-017070-0

www.reclam.de

Inhalt

Einleitung 9

Zeittafel 11

I Darstellung

- 1 Unter gewaltigen Hypothesen: Die Entwicklung einer freiheitlichen Demokratie 15
Agonie des Kaiserreichs 15
Matrosenmeuterei 17
Die Arbeiter-und-Soldatenräte 18
Parteien und Verbände 22
Die Nationalversammlung 29
Der Versailler Vertrag 33
Elitenkontinuität 37
- 2 Die Formierung der Gegner der Republik in den Nachkriegswirren 38
Kapp-Putsch 39
Erste außenpolitische Tastversuche:
Der Rapallo-Vertrag 1922 40
Reparationen und Ruhrkampf 42
Hitlerputsch 45
- 3 Die »relative Stabilisierung« der Republik 46
Rationalisierung und Arbeitslosigkeit 47
Krise des alten Mittelstands und die neue Schicht der Angestellten 49
Neue sozialpolitische Weichenstellungen 50
Außenpolitik Stresemanns 52
Wechsel im Amt des Reichspräsidenten 53
Antisemitismus 54
Politische Kultur – männlicher Gewalkult 55
Kulturelle Vielfalt und Modernität 58
Neues Bauen in den 1920er Jahren 63

- 4 Die Weltwirtschaftskrise 64
 - Die Folgen der amerikanischen Krise für Deutschland 66
 - Präsidialregime 69
 - Die Septemberwahlen von 1930 70
- 5 Bürgerkrieg und Machtübergabe 75
 - Die Reichspräsidentenwahl 1932 75
 - Demokratie und Diktaturen in Europa 77
 - Bürgerkrieg in Deutschland 78
 - Die Machtübergabe an die Nationalsozialisten 80
 - Ursachen für den Aufstieg des Nationalsozialismus 82

II Kontroversen

- 1 Zum Charakter der Revolution 1918/19 84
- 2 Versäumnisse 1918/19? 89
- 3 Warum scheiterte die Weimarer Demokratie? 92
- 4 Ästhetisierung von Gewalt 97

III Quellen

- 1 Die militärische Situation 1918 und das Ersuchen um Waffenstillstand durch die OHL 100
- 2 Marinemeuterei 101
- 3 Sozialisationsbedingungen und Generationserfahrungen von Jugendlichen 104
- 4 Wie reagieren die Unternehmer auf den revolutionären Umbruch? 109
- 5 Viel oder wenig Macht für das Parlament? 110
- 6 Der Vertrag von Versailles vom 28. Juni 1919 113
- 7 »Ein Mittel der Abwendung gibt es nicht ...« 116
- 8 Die Dolchstoßlegende 118
- 9 Eine Bilanz der Revolution von 1918 120
- 10 Rapallo- und Revisionspolitik 121
- 11 Erinnerungen an die Zeit der politischen Morde 124
- 12 Die kommunistische Sozialfaschismusthese 125
- 13 Der Wandel der weiblichen Erwerbsarbeit 127

6 Inhalt

- 14 Hintergründe der Locarno-Politik 128
- 15 Eine »überparteiliche«, antiparlamentarische Staatsordnung 129
- 16 »Wir stehen als Sieger auf den Trümmern« 131
- 17 Industrielle zu einer möglichen Kanzlerschaft Hitlers 132
- 18 Wegbereiter einer Kanzlerschaft Hitlers 134

Literaturhinweise 137

Nachweis der Abbildungen und Tabellen 140

Einleitung

Die kurze Phase Weimarer Republik genießt im kollektiven Gedächtnis und in der Kontinuität der deutschen Geschichte keinen guten Ruf, sie gilt gemeinhin als »gescheitert«. Die junge Bundesrepublik habe aus diesem »Scheitern« der Weimarer Demokratie erfolgreich »gelernt« und daraus Konsequenzen bereits bei den Debatten um das Grundgesetz gezogen. – Dieses im deutschen Geschichtsbewusstsein fest verwurzelte Bild wird freilich der Geschichte nur ansatzweise gerecht, denn die Weimarer Republik und ihre Repräsentanten der ersten Stunde wollten nach der scheindemokratischen Struktur des Kaiserreichs eine gerechte und demokratische politische Ordnung und Gesellschaft etablieren. Sie waren dabei aber mit gewaltigen Widerständen und Problemen konfrontiert, die sie selbst nicht zu verantworten hatten. Vor allem am erbitterten Widerstand der alten Eliten in Justiz, Militär, Schulen und Hochschulen, Kirchen, der Wirtschaft und Verwaltung gegenüber demokratischen Strukturen scheiterte der Versuch der Errichtung einer demokratischen Ordnung. Die alten Eliten wollten nicht erkennen, dass ihr Weltmachtstraum nach der Gründung des Deutschen Kaiserreichs in die Katastrophe und die militärische Niederlage im Ersten Weltkrieg führte und lehnten daher die neue, demokratisch legitimierte politische Ordnung kategorisch ab.

Belastet war die neue politische Ordnung aber auch mit dem Versailler Vertrag, der von allen politischen Strömungen vehement zurückgewiesen wurde, ohne dass aber ernsthaft die politischen Chancen geprüft oder debattiert worden wären, die der vielgeschmähte Versailler Vertrag bot. Und schließlich erhielt die Weimarer Demokratie durch die Weltwirtschaftskrise endgültig den Todesstoß. Diese ökonomische Krise kann indes für den Niedergang der ersten Demokratie in Deutschland kei-

neswegs allein oder in erster Linie verantwortlich gemacht werden, immerhin überlebten eine Reihe anderer westlicher Demokratien diese Wirtschaftskrise und gaben ihre demokratischen Institutionen nicht bereitwillig preis.

Der Weimarer Republik verdanken wir eine Reihe von weitreichenden kulturellen, verfassungsrechtlichen wie sozialpolitischen Innovationen, die im »Dritten Reich« brutal rückgängig gemacht wurden, an denen aber die Bundesrepublik Deutschland produktiv anschließen konnte. Für eine nur negative Akzentuierung der Geschichte der Weimarer Republik gibt es mithin keinen Anlass, im Gegenteil, sie war auch ein produktives »Laboratorium der Moderne«, an dem auch die zweite deutsche Demokratie, die Bundesrepublik, anknüpfte.

Fundamentale Errungenschaften der Weimarer Demokratie wurden bei der neuen Staatsgründung nach der NS-Diktatur und dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr in Frage gestellt, insofern hat hier die Weimarer Demokratie durchaus wichtige wie produktive Weichenstellungen geleistet. Die Auseinandersetzung mit der Weimarer Demokratie vermag schließlich auch den Blick dafür zu schärfen, welche Mentalitäten und soziale Interessen sich bereitwillig und gehorsam einer menschenverachtenden Diktatur unterwarfen und der Logik der »Leitkultur« einer »Volksgemeinschaft« folgten, die individuelle Rechte und soziale wie kulturelle Ansprüche in den Hintergrund stellte.

Zeittafel

- 1918 29.9.: OHL fordert sofortigen Waffenstillstand und die
Parlamentarisierung des Reiches
28.10.: Parlamentarisierungserlass; Matrosen der
Kriegsflotte meutern
3.11.: Matrosenaufstand in Kiel, vielerorts Bildung von
Arbeiter-und-Soldatenräten
Prinz Max von Baden verkündet die Abdankung des
Kaisers und übergibt die Reichskanzlerschaft an
Friedrich Ebert (SPD); in Berlin wird zweimal die
Republik ausgerufen (Scheidemann, SPD, und
Liebknecht, USPD)
11.11.: Unterzeichnung des Waffenstillstands in
Compiègne durch Matthias Erzberger
15.11.: Abkommen zwischen Unternehmervereinigungen
und Gewerkschaften (Stinnes-Legien-Abkommen)
ab 16.12.: Reichsrätekongress in Berlin beschließt
Entscheidung für Wahlen zur Nationalversammlung
(gegen das Rätemodell)
- 1919 19.1.: Wahlen zur Nationalversammlung – auch mit
Frauenwahlrecht; SPD, Zentrum und DDP erreichen
zusammen eine Dreiviertelmehrheit
28.6.: Unterzeichnung des Versailler Vertrags
- 1920 24.2.: Gründung der NSDAP (Umbenennung der DAP)
März: Kapp-Putsch, scheitert rasch infolge eines
Generalstreiks
- 1921 Rechtsextremisten ermorden demokratische Politiker
(u. a. Matthias Erzberger, Walther Rathenau)
- 1922 Rapallo-Vertrag Deutschlands mit der UdSSR
- 1923 belgische und französische Truppen besetzen das
Ruhrgebiet, bald darauf Verkündung des »passiven
Widerstands«

- völliger Wertverlust der Reichsmark durch Hyperinflation
9.11.: Hitler-Putsch in München scheitert
- 1924 Reparationsplan durch Dawes
Hitler wird in einem Prozess wegen Hochverrats zu
fünf Jahren Festungshaft verurteilt, wird aber etwa
ein halbes Jahr später aus der Haft entlassen
- 1925 Nach dem Tod Friedrich Eberts wird Paul von
Hindenburg zum Reichspräsidenten gewählt
Locarno-Vertrag (deutsche Anerkennung der
Westgrenzen)
- 1926 Deutschland wird in den Völkerbund aufgenommen
- 1927 Reichstag beschließt Gesetz über Arbeitslosen-
versicherung
- 1929 Young-Plan zur Neuregelung der Reparationen
24.10.: Börsensturz in New York (»Schwarzer Freitag«),
Beginn der Weltwirtschaftskrise
- 1930 NSDAP beteiligt sich erstmals an einer Landesregierung
(Thüringen)
Arbeitslosigkeit steigt rapide an (3,5 Millionen)
März: Brüning wird Reichskanzler des ersten
Präsidialkabinetts
bei der Reichstagswahl steigert NSDAP ihren
Stimmenanteil von 2,6 auf 18,3 %
- 1931 Arbeitslosenzahl erreicht fast fünf Millionen
- 1932 Höhepunkt der Arbeitslosigkeit (über sechs Millionen)
Wiederwahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten, der
bald darauf Brüning als Reichskanzler entlässt
Präsidialkabinette von Papen und dann von Schleicher
Konferenz von Lausanne beschließt die endgültige
Streichung der Reparationszahlungen
rechtswidrige Absetzung der demokratischen preußi-
schen Regierung (SPD und Zentrum) durch die
Reichsregierung

Juli: Bei den Reichstagswahlen erhält die NSDAP über 37% der Stimmen

August: Hindenburg schlägt Hitler vor, Vizekanzler zu werden, Hitler hingegen fordert für sich die Kanzlerschaft

November: NSDAP erleidet bei den Reichstagswahlen Stimmverluste

1933 4.1.: Geheimgespräch zwischen Hitler und Vertretern der Wirtschaft bei dem Bankier Schroeder in Köln

30.1.: Hindenburg ernennt Hitler zum Reichskanzler, Papen wird Vizekanzler und Alfred Hugenberg (DNVP) Wirtschafts- und Landwirtschaftsminister

I Darstellung

1 Unter gewaltigen Hypothesen: Die Entwicklung einer freiheitlichen Demokratie

Agonie des Kaiserreichs

Bereits 1915 schrieb der berühmte Sozialwissenschaftler Max Weber hellseherisch in einem Aufsatz, der damals noch nicht veröffentlicht worden war: »Die Fortsetzung des Krieges ist auch bei uns höchst wesentlich nicht durch sachlich-politische Erwägungen, sondern durch die Angst vor dem Frieden bedingt. [...] Noch weit mehr aber fürchtet man die innenpolitischen Wirkungen jener Enttäuschungen, welche angesichts der törichten Erwartungen, die nunmehr ins Kraut geschossen sind, in jedem Fall eintreten müssen.« (Zit. nach Peukert, S. 34) Die führenden Eliten des Deutschen Kaiserreichs hatten mit dem Krieg gewaltige Erwartungen auf eine glorreiche deutsche Zukunft geweckt, Deutschland würde zur führenden europäischen Nation aufsteigen, wenn nicht gar eine Weltmachtstellung erringen. An diesen Vorstellungen hielt man fest, obgleich der reale Kriegsverlauf sie rasch als Illusionen entlarvte. Freilich waren während des Kriegs nur sehr wenige Deutsche bereit, sich den politischen und militärischen Realitäten zu stellen. Insbesondere die politische und militärische Führung beschwor die Idee eines »Siegfriedens« auch noch zu einer Zeit, als sich die militärische Katastrophe bereits klar abzeichnete. Die politischen und militärischen Eliten des Kaiserreichs kultivierten vor allem nach 1918 den Mythos, die Deutschen seien nicht an den Kriegsfronten gescheitert, sondern an dem mangelnden Sieges- und Durchhaltewillen der eigenen Bevölkerung.

Als die letzte Regierung des Deutschen Kaiserreichs unter Prinz Max von Baden am 3. Oktober 1918 ein Waffenstillstands-

gesuch an den amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson sandte, löste dies in der deutschen Öffentlichkeit einen Schock aus. Die militärische Führung unter Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg hatte bislang die Bevölkerung über die wahre Lage an den Fronten getäuscht und an der Vorstellung der Unbesiegbarkeit der deutschen Waffen festgehalten. Vor allem aber durch den Kriegseintritt der USA an der Seite der Alliierten (1917) und nach dem Durchbruch der alliierten Panzer bei Amiens (8. August 1918) durch die deutschen Stellungen mussten sich die führenden Militärs endlich die Kriegsniederlage eingestehen und forderten von der Reichsregierung, dass sofort ein Waffenstillstandsgesuch herausgegeben werden sollte. Die Niederlage stehe unmittelbar bevor. (Vgl. *Quelle 1*) Der österreichisch-ungarische Verbündete bemühte sich seinerseits um einen Sonderfrieden.

Jetzt ging es den führenden Militärs auch darum, wie sie den eigenen Kopf aus der Schlinge ziehen konnten. Sie machten für die Niederlage nicht die eigenen militärischen Fehleinschätzungen verantwortlich, sondern den »inneren Feind«, der der kämpfenden Truppe »in den Rücken gefallen« sei. Bereits während des Ersten Weltkriegs wurde von den Militärs diese »Dolchstoßlegende« erfunden, die das innenpolitische Klima in der Weimarer Republik ganz erheblich belasten, ja geradezu vergiften sollte. Als dann aber die Alliierten eine vollständige Kapitulation forderten und sich nicht bereit zeigten, mit der kaiserlichen Führung zu verhandeln, sondern nur mit einer demokratisch legitimierten Regierung, forderte die militärische Führung eine Fortsetzung des Kriegs.

Um zu retten, was noch zu retten war, verordnete Kaiser Wilhelm II. am 28. Oktober 1918 eine Parlamentarisierung sowie eine gewisse Demokratisierung des Reiches: der Reichskanzler sollte künftig vom Vertrauen des Reichstages abhängig sein, in Preußen sollte das vor allem die Arbeiterschaft dis-

kriminierende preußische Dreiklassenwahlrecht abgeschafft werden. Das entsprach alten Forderungen der Sozialdemokraten und der Linksliberalen. Aber diese Zugeständnisse konnten das diskreditierte alte politische System des Kaiserreichs nicht mehr retten. Wilhelm II. war nicht zu einem Rücktritt bereit, sondern reiste ins Große Hauptquartier im belgischen Spa, um von dort aus mit kaisertreuen Truppen »Ordnung« im Reich zu schaffen.

Im Reich verstärkten sich auch angesichts der Lebensmittelknappheit (bedingt durch die Kriegswirtschaft und die alliierte Seeblockade) die sozialen und politischen Unruhen. Das Vertrauen in die bisherige politische Führung sank weit über die sozialistische Arbeiterbewegung hinaus bis ins bürgerliche Lager auf den Nullpunkt. Die Stimmung unter den Frontsoldaten seit dem Spätsommer 1918 beschreibt Hans-Ulrich Wehler als »verdeckten Militärstreik«: So wären nach Angriffsbefehlen die Unterstände nicht mehr von den Mannschaften verlassen worden. »Hundertausende von leichtverwundeten Soldaten marschierten auf eigene Faust in die Etappe zurück. Viele gingen freiwillig in die Kriegsgefangenschaft. Bis zu einer Million Deserteure und ›Drückeberger‹ setzten sich heimlich nach Osten ab.« (Wehler, Bd. 4, S. 188)

Matrosenmeuterei

In dieser Situation befahl die Seekriegsleitung am 29. Oktober eigenmächtig ein Auslaufen der Flotte gegen die überlegene englische Flotte. Man wollte bei den erwarteten Kämpfen eher »ehrentoll untergehen«, als die Flotte dem Feind zu überlassen. Zahlreiche Matrosen von Kriegsschiffen, die in Wilhelmshaven lagen, waren über dieses Ansinnen empört, das einem eigentümlichen, längst überlebten soldatischen Ehrenkodex von Offizieren entsprach, und widersetzten sich dem Befehl, wor-

auf etwa 1000 Matrosen von der Marineführung verhaftet und nach Kiel gebracht wurden. Nun überstürzten sich die dramatischen Ereignisse, aus einer lokalen Matrosenmeuterei entfaltete sich rasch eine Revolution, die die Machtverhältnisse im Deutschen Reich umstürzen sollte.

In Kiel kam es zu Massenkundgebungen, die die Freilassung der Matrosen forderten. Dabei wurde erstmalig ein Soldatenrat gewählt, der demokratische Rechte forderte. Ein Versuch, die Gefangenen zu befreien, scheiterte zunächst, aber am 4. November war Kiel unter der Kontrolle der meuternden Soldaten und Matrosen. In anderen Hafenstädten vollzogen sich sehr rasch ähnliche Bewegungen und bald gab es in vielen deutschen Städten Arbeiter-und-Soldatenräte, die jeweils in den Städten die Macht übernahmen. Der Versuch, die Aufstände militärisch niederzuschlagen, scheiterte kläglich, selbst als »zuverlässig« eingeschätzte Truppen schlossen sich den Aufständischen an. (Vgl. *Quelle 2*)

Die Arbeiter-und-Soldatenräte

In den jeweiligen Truppeneinheiten wählten die Soldaten Soldatenräte, in den Fabriken bildeten sich Arbeiterräte. Dabei spielten örtliche Funktionäre der Arbeiterbewegung eine wichtige Rolle. Diese Arbeiter-und-Soldatenräte verstanden sich als oberste Exekutivmacht. Sie kontrollierten die kommunalen Verwaltungen, sofern deren Vertreter sich angesichts der Unruhen noch nicht weggeduckt hatten. Ohne nennenswerte Gewalthandlungen dankten rasch die fürstlichen und königlichen Landesherren ab. Aber auch so mancher Polizeipräsident, der im Kaiserreich die Arbeiterschaft und deren Organisationen schikaniert hatte, zog sich zurück. Das entstehende Machtvakuum wurde von den Arbeiter-und-Soldatenräten ausgefüllt.

Kaiser Wilhelm II. hatte sich allen Aufforderungen, endlich

abzudanken, widersetzt, auch den Appellen seines Reichskanzlers Prinz Max von Baden. Dieser verkündete nun angesichts der Massenunruhen, die rasch auch Berlin erreicht hatten, eigenmächtig am 9. November, dass der Kaiser abgedankt habe, und er ernannte – in offen verfassungswidriger Weise – den Führer der Mehrheitssozialdemokratie, Friedrich Ebert, zum neuen Reichskanzler. Kurz darauf riefen – ohne Absprache – Philipp Scheidemann (SPD) vom Reichstagsgebäude die Republik aus, kurz darauf Karl Liebknecht im Berliner Lustgarten die »freie sozialistische Republik«.

In der folgenden Nacht telefonierte Ebert noch mit General Groener, dem Chef der Obersten Heeresleitung, über die zukünftige Rolle des Militärs in der neuen Ordnung. Groener versprach dem neuen Reichskanzler die loyale Haltung des Militärs, wenn die Armee freie Hand bei der Bekämpfung linksradikaler »bolschewistischer« Kräfte bekäme. Tatsächlich nutzte die Armee ihre neue Stellung im Staat, um brutal und blutig gegen Gruppen vorzugehen, die eine weitergehende Revolution anstrebten. Bereits in der Novemberrevolution zeichnete es sich ab, dass die Armee einen »Staat im Staate« bilden wollte und kaum bereit war, sich der neuen demokratischen politischen Führung unterzuordnen. Dies sollte sich insbesondere in den Krisenzeiten während des Kapp-Putsches 1920 und wieder bei den Unruhen im Umkreis des Hitler-Putsches 1923 zeigen. Die prekären Folgen der Sonderstellung der Militärs, die sich erfolgreich der politischen Kontrolle entzogen hatten, zeigten sich insbesondere in den ersten Krisenjahren der jungen Demokratie (1919–23) und wieder in der Agonie der Republik seit 1930.

Die Rolle von Friedrich Ebert ist schon damals wie auch später in der historischen Forschung lebhaft debattiert worden: Ging es ihm primär um Eindämmung oder gar Unterdrückung der

linkssozialdemokratischen und linksradikalen putschistischen Strömungen im Umkreis der kurz zuvor gebildeten KPD, also um die Abwehr revolutionärer Bestrebungen und um die Aufrechterhaltung der bestehenden Ordnung und die Stabilisierung der Staatsautorität? Oder suchte er das breite Bündnis mit politischen Kräften, um die neue Ordnung – deren Konturen sich ja am 9. November noch keineswegs abzeichnen konnten – auf eine möglichst breite Basis zu stellen? Die politische Haltung Eberts vertiefte jedenfalls die Spaltung der Arbeiterbewegung. Die beiden Arbeiterparteien, die SPD und die kurz nach diesen Ereignissen gegründete KPD, bekämpften sich gegenseitig erbittert wie unversöhnlich. Diese Feindschaft stellte eine große Hypothek für die neue demokratische Ordnung dar, zumal die KPD wenige Jahre später eine breite Anhängerschaft in der Arbeiterschaft gewann und zu einer Massenpartei wurde, deren Anhänger und Wähler die Weimarer Ordnung vehement ablehnten und teilweise auch aktiv bekämpften.

Ebert bildete in den nächsten Tagen mit Vertretern der von der SPD abgespaltenen USPD den »Rat der Volksbeauftragten«, also die vorläufige Regierung. Dieser Rat kooperierte mit der alten kaiserlichen staatlichen Ministerialbürokratie, die im Amt belassen wurde. Die Loyalität dieser hohen Staatsbeamten galt aber nur begrenzt der neuen SPD-Führung, kaum aber der der USPD. Während die SPD auf die Zusammenarbeit mit den Repräsentanten des alten Regimes meinte bauen zu müssen und vertrauen zu können, begegneten sich die USPD und die alte Staatsbürokratie bei der Bewältigung der neuen äußerst schwierigen Aufgaben mit Misstrauen und großer Skepsis. Dass zahlreiche Angehörige der alten kaisertreuen Eliten in ihren Stellungen blieben, sollte sich für die junge Demokratie als belastend erweisen, auch für Friedrich Ebert persönlich, als er sich gegen abfällige, denunziatorische Angriffe auf seine Person juristische Hilfe erhoffte – sie wurde ihm nicht zuteil.

Am 11. November 1918 unterzeichnete Matthias Erzberger in einem Salonwagen im Wald von Compiègne die Kapitulationserklärung. Die Kapitulationsbedingungen nahmen bereits einige Bestimmungen des späteren Versailler Vertrags vorweg, u.a. die Annullierung des Friedens von Brest-Litowsk (s. S. 33 ff.) mit Sowjetrussland oder die Besetzung rechtsrheinischer Brückenköpfe bei Mainz/Wiesbaden, Koblenz und Köln. Außerordentlich fatal war es, dass ein führender Repräsentant der neuen Ordnung diesen Vertrag unterzeichnete und nicht politische oder militärische Kräfte, die für den Krieg und die Niederlage die Verantwortung trugen.

Wenige Tage nach diesen Ereignissen trafen sich führende Repräsentanten der Arbeitgeber und der Gewerkschaften. Die Arbeitgeber waren mit massiven Sozialisierungsforderungen der Arbeiterbewegung (SPD und Gewerkschaften) konfrontiert und wollten diesen radikalen Vorstellungen mit einem beachtlichen Entgegenkommen die Spitze brechen. Mit dem sogenannten Stinnes-Legien-Abkommen (*Quelle 4*) wurden die Gewerkschaften von den Unternehmern als »berufene Interessenvertretung« der Arbeiterschaft anerkannt, man vereinbarte den achtstündigen Arbeitstag (ein Versprechen, das allerdings rasch wieder zurückgenommen wurde), in Betrieben mit mehr als 50 Arbeitern sollte ein »Arbeiterausschuss« gewählt werden, aus dem später die Betriebsräte hervorgingen. Als Gegenleistung verzichteten die Gewerkschaften auf die unmittelbare Sozialisierung. – Dieses Arrangement zwischen Kapital und Arbeit zerbrach indes in den späten 1920er Jahren an der Frage der Arbeitslosenversicherung – eine von vielen Ursachen für das Scheitern der ersten deutschen Demokratie. (Vgl. *Quelle 9*)

Parteien und Verbände

In diesen Tagen strukturierte sich auch das Parteiensystem teilweise neu. Von der SPD hatte sich bereits während des Weltkriegs die USPD abgespalten, die den Krieg grundsätzlich ablehnte und die staatsloyale Haltung und die kriegsunterstützende Politik der SPD vehement kritisierte. Die USPD konnte rasch eine beachtliche Anhängerschaft in der Arbeiterschaft finden, die unter schwierigsten materiellen und rechtlichen Bedingungen im Krieg arbeitete. Sie kooperierte zwar mit der SPD in der Übergangsregierung, im Rat der Volksbeauftragten, allerdings waren die Wunden, die man sich gegenseitig geschlagen hatte, und das gegenseitige Misstrauen tief.

Auf dem linken Flügel innerhalb der USPD formierte sich während des Weltkriegs der Spartakusbund, der die Kriegspolitik des Deutschen Reichs ebenso wie die USPD grundsätzlich ablehnte und als imperialistisch geißelte. Alle führenden Vertreter des Spartakusbundes waren während des Weltkriegs inhaftiert, wozu die SPD schwieg.

Aus dieser Gruppe konstituierte sich zum Jahreswechsel 1918/19 die KPD. Sie orientierte sich rasch am »erfolgreichen« sowjetischen Vorbild. Die KPD war zunächst eine Splitterpartei, durch den Zusammenschluss mit Teilen der USPD wurde sie 1922 zu einer Massenpartei, die der neuen »bürgerlichen« Ordnung kritisch bis feindselig gegenüberstand. Ihren Hauptgegner sah sie später vor allem in der Sozialdemokratie (vgl. *Quelle 12*), die die Interessen der Arbeiterschaft »verraten« habe und mit bürgerlichen Kräften gegen proletarische Interessen zusammenarbeite. Diese Spaltung der Arbeiterbewegung sollte sich ebenfalls als fatal für die Stabilität der neuen Ordnung erweisen. Erst als SPD und KPD im »Dritten Reich« gemeinsam brutal verfolgt wurden, knüpften die bitter verfeindeten Flügel der Arbeiterbewegung erste zaghafte, aber wenig tragfähige Gesprächsfäden.

Das 1870 gegründete katholische »Zentrum« stand in einer gewissen Oppositionshaltung zum protestantisch dominierten Kaiserreich, auch wirkten die repressiven Maßnahmen des Kulturkampfes nach, als Reichskanzler Bismarck 1870 gegen die katholische Kirche vorging. Daher konnte sich die Zentrums-
partei, anders als die übrigen bürgerlichen Parteien, 1918 leichter in die neue demokratische Ordnung fügen. Sie rekrutierte sich aus allen sozialen Schichten, entsprach also programmatisch wie ihrer Sozialstruktur nach am ehesten einer Volkspartei. Deshalb konnte sie sowohl mit der eher links orientierten Sozialdemokratie zusammenarbeiten wie auch mit bürgerlich-konservativen Kräften.

Während des Weltkriegs (1917) formulierte das »Zentrum« mit den Sozialdemokraten und den Linksliberalen im sogenannten Interfraktionellen Ausschuss die Friedensresolution, die auf einen Verständigungsfrieden und nicht auf einen »Siegfrieden« abzielte. Die Partei war in allen Koalitionsregierungen seit 1919 bis 1930 vertreten. – 1928 vollzog die Zentrums-
partei mit der Wahl des Prälaten Ludwig Kaas zum Parteivorsitzen-
den einen scharfen Rechtsruck. Ihr Ideal war nun nicht mehr der demokratische Verfassungsstaat, sondern eher eine autoritäre Ordnung, die einem starken »Führertum« huldigte. In diesem Wandel der Zentrums-
partei reflektiert sich gleichsam die Ablehnung einer demokratischen Ordnung in immer weiteren Teilen des Bürgertums. Wie die anderen bürgerlichen Parteien auch verkannte sie die Gefahren durch die nationalsozialistische Bewegung und unterstützte Maßnahmen, die Hitler den Weg ebneten.

Im bürgerlichen Lager gab es ebenfalls weitreichende Veränderungen. Aus Teilen der Fortschrittlichen Volkspartei und Nationalliberalen konstituierte sich die DDP, die die neue politische Ordnung begrüßte und unterstützte. Sie gewann bei den

Wahlen zur Nationalversammlung (19. Januar 1919) 18,5 % der Stimmen und koalierte zunächst mit der SPD und dem Zentrum (diese Konstellation wird als »Weimarer Koalition« bezeichnet). Die von Bismarck im Kaiserreich geschmähten »Reichsfeinde« (Zentrum, SPD, Linksliberale) hatten bereits im Kaiserreich und während des Ersten Weltkriegs teilweise politisch zusammengearbeitet. An der Ausarbeitung der Weimarer Reichsverfassung waren Vertreter der DDP maßgeblich beteiligt. Dass die DDP rasch ihre Anhängerschaft im Bürgertum verlor und zu einer Splitterpartei herabsank, demonstriert die wachsende Republik- oder Demokratiefeindlichkeit in Teilen des Bürgertums.

Im Dezember 1918 bildete sich ebenfalls aus Teilen der liberalen bürgerlichen Strömungen des Kaiserreichs die Deutsche Volkspartei (DVP), die zur neuen Ordnung eine eher schwankende, uneindeutige Haltung einnahm. Sie fand großzügige Unterstützung seitens der Industrie und vertrat auch deren Interessen sowie die des alten Mittelstandes. Teile der DVP trauerten dem Kaiserreich und Wilhelm II. nach. Gustav Stresemann, zeitweise Kanzler und als Außenminister eine der herausragenden Führungspersönlichkeiten der Weimarer Republik, konnte die DVP zeitweise an die neue Ordnung binden, nach dem Tod Stresemanns (1929) rückte die Partei dann wieder deutlich nach rechts.

Bezeichnend für die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) ist es, dass der Gründungsauf Ruf in der reaktionären *Neuen Preussischen Zeitung (Kreuzzeitung)* publiziert wurde. Hier versammelten sich die konservativen Eliten und Repräsentanten des Großbürgertums, Großagrarier, Industrielle, Hochschullehrer, evangelische Geistliche, aber auch Vertreter von christlich-sozialen wie völkisch-antisemitischen Strömungen. Während

die DVP zur Frage der Monarchie gespalten war, vertrat die DNVP hier eine eindeutige Linie. Der DNVP-Abgeordnete Graf v. Posadowsky-Wehner beschwor 1919 bei der Debatte um den Versailler Friedensvertrag die allgemeine Wehrpflicht als wahren »Jungbrunnen«, sie leiste »eine Erziehung des Volkes in hygienischer, in sittlicher Beziehung«. Die DNVP lehnte die demokratische Ordnung vehement ab, war aber zeitweise in Koalitionsregierungen vertreten.

Sie formierte 1931 mit der NSDAP, dem Alldeutschen Verband, dem Stahlhelm und dem Bund der Frontsoldaten sowie dem Reichslandbund die gegen die Politik von Heinrich Brüning (Zentrum) gerichtete Harzburger Front und bildete 1933 gemeinsam mit der NSDAP eine Koalitionsregierung unter der Reichskanzlerschaft Hitlers, die ganz bewusst der demokratischen Republik den Todesstoß versetzte. Bei Wahlen errang die DNVP in den Nachkriegsjahren bis zu 21 %, verlor aber seit 1930 viele Wähler an die nationalsozialistische Konkurrenz, die demagogischer und hemmungsloser Wahlkampf betreiben konnte als die großbürgerliche DNVP.

Am rechten politischen Rand konkurrierten seit 1919 mehrere völkisch-antisemitische Splitterparteien, die in der Nachkriegszeit noch keine größere Rolle spielten. Die 1920 gegründete NSDAP schaffte erst 1930 den Sprung zur Massenpartei. Aus dem politischen Umfeld der DNVP und rechter Splittergruppierungen rekrutierten sich Personen, die für eine Reihe von politischen Morden verantwortlich waren, u. a. an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg (KPD), Matthias Erzberger (Zentrum) oder dem Außenminister Walther Rathenau (DDP). Die Weimarer Justiz urteilte über diese Verbrecher mit großer Zurückhaltung, da die Täter aus »ehrentvollen«, »nationalen« Motiven handelten, die großzügig Respekt und Anerkennung verdienten. Neben den Parteien übten während der